

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

98 (28.4.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt- bereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6, Fernsprecher 204, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Plagwörter und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 98

Mittwoch, den 28. April 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichstag behandelte am Dienstag das Gesetz über die Arbeitsgerichtsbarkeit. Am Mittwoch wird über die Fürstentragung und das Duellgesetz beraten. Die deutschen Luftfahrtverhandlungen in Paris sollen wieder einmal vor dem Abschluß stehen. Die Beschränkungen sollen fallen. Abwarten! Die Reichsregierung hat sich in München über die augenpolitische Rede Dr. Hellders beschwert, im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages soll der Kanzler eine scharfe Erklärung abgegeben haben. Damit steht wieder das Thema: Bayern und das Reich auf der Tagesordnung. Die Friedensverhandlungen in Marokko sind nun in Gang gekommen, bisher aber ohne Ergebnisse geblieben. Auf der vorläufigen Weltwirtschaftskonferenz in Genf gab der deutsche Staatssekretär Trendelenburg Erklärungen über das deutsche Wirtschaftsprogramm ab.

Deutscher Reichstag

Berlin, 27. April.

Präsident Eise cränfelte die erste Sitzung nach den Osterferien von 20 Uhr. Als Nachfolgerin des verstorbenen Abg. Schrenker (Ztr.) in Frau B. Hiller-Karlsruhe in den Reichstag einberufen. Der preussische Innenminister und sozialdemokratische Abg. Severing wird wegen Krankheit sechs Wochen beurlaubt. Anzunehmen wird eine Änderung der Reichsabgabenordnung, wonach die Bezirke der Landesfinanzämter endgültig zum 1. April 1928 abzugrenzen sind. Das Gesetz über die Fälligkeit und Beglaubigung der Fieberthermometer wird angenommen. Arbeitsminister Dr. Bauns leitete die Beratungen ein. Der vorliegende Entwurf wolle die Arbeitsgerichtsbarkeit allen Arbeitnehmern zugänglich machen und ihren Aufgabenzirkel erweitern. Die Auffassung, daß die Arbeitsgerichtsbarkeit in den ordentlichen Gerichten aufgehen solle, sei von der Regierung aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen abgelehnt worden. Dabei werde aber nicht verkannt, daß das Arbeitsrecht schließlich mit dem allgemeinen Recht verwachsen müsse. Der Minister dankt den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten für ihre bisherige Tätigkeit und spricht die Erwartung aus, daß die Vorlage noch im Sommer erledigt werde.

Abg. Kaufhäuser (Soz.) bezeichnet die Beratung der Vorlage als einen Akt für die Zukunft, wie weit der Reichstag den Willen hat, die demokratische Republik mit sozialem Inhalt zu erfüllen. Das Arbeitsrecht müsse mehr als bisher den Wert des arbeitenden Menschen schätzen.

Abg. Müller (Dn.) begrüßt die Vorlage und schließt sich dem Stand an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an. Die Arbeitsgerichte sollten aber an die ordentlichen Gerichtsbarkeit angegliedert werden.

Abg. Weis (Ztr.) stellt mit Befriedigung fest, daß das Arbeitsrecht, das sich heutzutage vielfach gegenüber den ordentlichen Gerichten erhebe, vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten soll gemacht habe.

Abg. Thiel (Dn.) erinnert daran, daß sein Fraktionskollege Dr. Hellders als Justizminister bereits die ersten Grundlagen für das vorliegende Gesetz geschaffen habe. Auch die Arbeitsgerichte müßten unabhängige lebensfähig angeordnete Richter haben. Eine Angliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit an die ordentlichen Gerichtsbarkeit sei gefährlich und entschieden zu bekämpfen. Abg. Hädel (Komm.) bedauert die verspätete Einbringung der Vorlage.

Abg. Kemmer (Dem.) erklärt, die Vorlage sei nur eine Etappe auf dem Wege der Ausgestaltung des Arbeitsrechtes. Ein gutes Arbeitsrecht sei die beste Grundlage der Wirtschaft. Von einer Sondergerichtsbarkeit zum Schaden der allgemeinen Gerechtigkeit könne keine Rede sein. Die Vorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Mittwoch 2 Uhr: Geleitenworte über die Fürstentragung, Trendelenburg.

Das Gemeindebestimmungsrecht im Hausbauausmaß des Reichstages

Der Hausbauausmaß des Reichstages beschäftigte sich mit dem kommenden Reichsausschuss gegen den Alkoholmißbrauch und mit der Stellung des Reiches zum Gemeindebestimmungsrecht. Sellmann (Soz.) kritisiert, daß mit dem Gemeindebestimmungsrecht eine Forderung Deutschlands beabsichtigt sei und legt einen von ihm stammenden Entwurf über das Gemeindebestimmungsrecht vor. Für die Mehrheit der deutsch-nationalen Fraktionen sprach sich Schulz-Bronberg (Dn.) gegen das Gemeindebestimmungsrecht aus, während Dr. Kumm (Dn.) für starken und energischen Kampf gegen Alkoholismus und Trunksucht stimmte.

Das Echo der Presse zum Berliner Vertrag

Da die Ratifikationsurkunden des deutsch-russischen Vertrages ausgetauscht werden sollen, wird wohl der Vertrag in der Geschichte unter dem Namen Berliner Vertrag fortleben. Wenn das Vertragsdokument, das die einstimmige Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages gefunden hat, im Plenum des Reichstages zur Annahme vorgelegt werden wird, ist noch eine offene Frage. Bejahend würde das Reichsparlament eine Einheitsfront der Parteien zeigen, wie bisher noch bei keiner Regierungsvorlage. Auch in Liniem der Berliner Blätter von der

„Deutschen Zeitung“ bis zur „Roten Fahne“ findet sich eine Ablehnung des Vertrages, wenn auch die deutsch-nationalen Zeitungen ihre Billigung mit der Einschränkung versehen, daß der Vertrag ein Festhalten an der von ihnen bekämpften Locarno- und Völkerbundspolitik bedeutet.

Die Berliner Presse und der Vertrag

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In dem Berliner Vertrag haben wir, wie dies schon über den Vertrag von Rapallo gesagt wurde, einen großen wirklichen Friedensvertrag vor uns, dessen wesentlicher Bestandteil keine aggressive Seite gegen irgendeine dritte Macht enthält. Daß der Vertrag vor dem deutschen Eintritt in den Völkerbund abgeschlossen worden ist, fällt dem Verleger anderer zur Last.

Die „Tägliche Rundschau“ hebt hervor, daß der Zweck des Vertragsabschlusses sei, eine friedfertige Entwicklung und gemeinschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Westen und Osten zu sein.

Die „Germania“ urteilt ähnlich: Deutschlands geographische Lage im Herzen Europas verpflichtet zu einer Politik des Ausgleiches zwischen Ost und West. Diesen Ausgleich zu fördern, wird Zweck und Ziel des Berliner Vertrages mit Sowjetrußland, ebenso wie es die Bestimmung des Locarnoabkommens ist und auch weiterhin sein soll.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt den deutsch-russischen Vertrag eine selbstverständliche Ergänzung der Locarnoverträge und sagt: Wenn erst der Schiedsvertrag mit Rußland, dessen Abschluß in dem Berliner Vertrag vorgesehen ist, beschlossen sein wird, so wird damit ein Werk geschaffen sein, das Deutschland mit allen wesentlichen europäischen Staaten durch friedenssichernde Abmachungen verbindet.

Der „Barmüts“ schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: Es ist ein ernstes Interesse ganz Europas, daß die Hindernisse, die dem Abschluß der Weltverträge im Wege standen, jetzt schleunigst fortgeräumt werden. Dann erst wird das richtige Gleichgewicht der Verträge hergestellt sein und Deutschland wird seine Mission als friedlicher Mittler zwischen Ost und West erfüllen können.

Die „Rote Fahne“, die auf einen redaktionellen Kommentar verzichtet, drückt die Erklärung der K.P.D. ab, die der Abg. Götter gestern im Auswärtigen Ausschuss abgeben hat. Es finden sich darin die Worte: Mit unserer Zustimmung zum Vertrag geben wir dem Willen der werktätigen Massen Deutschlands Ausdruck, die Hände zu erheben, die die russischen Arbeiter und Bauern durch die Sowjetregierung dem deutschen Volke reichen.

Die Pariser Presse zum Berliner Vertrag

Das „Echo de Paris“ teilt mit: Der Vertrag hat in alliierten diplomatischen Kreisen großes Aufsehen erregt, weil seine Bestimmungen weit über das Maß hinausgehen, was man hätte erwarten können. Außerdem wird von den Morgenblättern mitgeteilt, daß sofort zwischen Paris, London, Brüssel, Rom, Warschau, Prag und dem Sekretariat des Völkerbundes ein Meinungsaustausch eingeleitet werde.

„Petit Parisien“ schreibt: Es müsse vor allem festgestellt werden, ob der Wortlaut des Vertrages und die in dem beigefügten Schreiben ausgedrückten Ideen nicht mit den Locarnoverträgen und mit den Artikeln 16 und 17 des Völkerbundsstatutes in Widerspruch ständen.

Der „Matin“ ist der Ansicht, daß, abgesehen von dem bedeutenden Symptom der Unterzeichnung eines derartigen Vertrages, der Text, so wie er offiziell ausgetauscht wurde, befreiend sei. Die Alliierten und die Kleine Entente würden schließlich in Berlin eine Demarche unternehmen, um eine deutliche und offizielle Erklärung Deutschlands zu erhalten. Es sei schwierig, eine Macht in den Völkerbund aufzunehmen, die von vornherein dem Völkerbund das Recht abspreche, über die Verantwortlichkeit in einem bewaffneten Konflikt zu entscheiden.

Der „Quotidien“ meint, man brauche nur den Wortlaut des Vertrages zu lesen, um zu begreifen, daß Rußland allein seinen Vorteil dabei finde. Er erwecke den Eindruck einer Schranke, die man gegen die Maßnahmen erwidern wolle, die der Völkerbund eines Tages gegen Rußland eingreifen könnte.

Die tschechische Presse über den Berliner Vertrag

Prag, 27. April. Von den tschechischen Morgenblättern nehmen nur zwei zum deutsch-russischen Vertrag Stellung. Die „Tribuna“ erklärt, die Veröffentlichung des Vertrags habe die Besorgnisse, die vorher geäußert hätten, zerstreut. Der Vertrag sei weder mit Locarno, noch mit dem Völkerbund in Widerspruch. Man habe keinen Grund, an der Richtigkeit der offiziellen Kommentare aus Berlin zu zweifeln, da es keinerlei Geheimverträge gebe. Dann sei es aber auch sicher, daß der Vertrag nicht nur im Interesse der europäischen Konsolidierung gelegen sei, sondern daß er Rußland vielleicht den Westen und event. sogar Genf näher bringen könne. Die tschechisch-nationale „Narodni Listy“ stellt den Leserungen aus Berlin einen Artikel der „Jesofstka“ entgegen, die den Vertrag als einen Angriff auf Locarno bezeichnet. Diese russische Stimme bekämpfe, daß der Vertrag mit Deutschland die neue europäische Ordnung bedrohe.

Das amerikanische Echo

New York, 27. April. Hier wird vielfach die Auffassung vertreten, daß der Berliner Vertrag von einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung sei und auch Amerika erheblich berühre. Die „World“ tritt entschieden der Ansicht entgegen, daß der deutsch-russische Vertrag die Locarnoverträge gefährden könne. Er könne im Gegenteil klar zur Betriedung Europas beitragen. Der Berliner

Korrespondent der „New York Times“ weist darauf hin, das der deutsch-russische Vertrag nichts weiter garantiere als die stetige enge Fühlungnahme zwischen beiden Staaten in allen Fragen, die sie gemeinsam berühren.

Von Genua bis Genf

Zur neuen Weltwirtschaftskonferenz

Schon bald nach dem Aufwerfen der Reparationsfrage hatte es sich gezeigt, daß die Lösung dieser Frage nicht unabhängig erfolgen konnte von der allgemeinen Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und daß auch umgekehrt der Wiederaufbau der Weltwirtschaft in seinem Erfolge von einer Lösung der Frage der interalliierten Schulden und der Reparationen wesentlich mit bedingt war. Alle politischen Möglichkeiten erwiesen sich als eng mit den wirtschaftlichen Begebenheiten verknüpft. Immer wieder wurden die Politiker, obwohl sie es vielfach nicht gern sahen, durch die unerbittliche Logik der Tatsachen an diese Begebenheiten erinnert. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die verschiedenen Brüsseler Finanzkonferenzen, vor allem aber an die bekannte Genuefer Konferenz im April des Jahres 1922 hingewiesen zu werden.

Die Konferenz in Genua war als eine internationale Aussprache über die dringlichsten internationalen Finanz- und Wirtschaftsfragen gedacht. Allerdings waren nur die europäischen Staaten daran beteiligt, während die Vereinigten Staaten sich auf die Rolle des stark interessierten Beobachters beschränkten. Von innerpolitischen französischen Erwägungen ausgehend hatte es Poincaré durchgesetzt, daß die Besprechung des Reparationsproblems nicht offiziell auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfe. Damit war natürlich die Konferenz von vornherein in ihren Erfolgsmöglichkeiten behindert. Jedermann war sich darüber klar, daß es zwecklos sei, über die Wirtschaftslage Europas zu sprechen, wenn man nicht ihren Zusammenhang mit der Reparation und den internationalen Schulden berührte, sagt der Staatssekretär Beremann ganz zutreffend in seinem bekannten Buche über den Weg der Reparation. In der Tat schloß die Konferenz ohne greifbare Erfolge, nachdem auch noch der deutsch-russische Rapallo-Vertrag wie eine Bombe hereinplatzt war.

In den Jahren 1923 und 1924 suchte sich Poincaré dann mit seinem Anhabern auch weiterhin über wirtschaftliche Voraussetzungen hinwegzusetzen, nicht ohne über den Rahmen der Beteiligten hinaus die ganze Weltwirtschaft in Unordnung zu bringen. Erst das Jahr 1924 hat mit der Aufstellung des Dawesplanes und mit seiner Inkraftsetzung auf der Londoner Konferenz die Bindung der politischen Bestrebungen an die wirtschaftliche Grundlage bewirkt. Einigliche Politiker und Wirtschaftler — vor allem die Sachverständigen des Dawesplanes selbst — waren sich jedoch von Anfang an darüber klar, daß der Dawesplan wohl eine geeignete Grundlage für das Weiterarbeiten, keineswegs aber ein Evangelium bildete, an dem nicht geändert und gerichtet werden dürfe. Die Welt ist durch ihn nicht der Aufgabe überhoben worden, auch weiterhin die Entwicklung der Schulden- und Reparationsfrage in Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der Weltwirtschaft zu halten.

Gerade diese Erfordernisse sind es gewesen, die Völkerbundstreife veranlaßt haben, das Wagnis zu unternehmen, noch einmal die wirtschaftliche Misere der Welt auf einer internationalen Konferenz zur Erörterung zu stellen. Es wird dieser Konferenz zugute kommen, daß nunmehr ein gut Teil von der aus den Jahren 1914 bis 1919 übernommenen Masse an Kriegsschulden und Siegerübermut liquidiert worden ist. Auch die Beteiligung Amerikas, das als Generalgläubiger Europas ein dringendes Interesse an der Ueberwindung der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten besitzt, verleiht der Tagung erhöhte Bedeutung. Demgegenüber ist das wahrscheinliche Fernbleiben Rußlands, das mit der Schweiz, dem Heimatlande der Konferenz, in politischen Differenzen lebt, ähnerst zu bedauern. Denn tatsächlich kann der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt nur durch die Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Faktoren, zu denen natürlich auch Rußland gehört, gefördert werden. Es ist natürlich schmer, im Voraus zu sagen, ob und welche Erfolge die Konferenz erzielen wird. Unter Berücksichtigung der ganzen internationalen Stimmung für Wirtschaftsfragen, wie sie z. B. aus den Arbeiten und aus der Einstellung der Internationalen Handelskammer in Paris hervorgeht, darf man jedoch zum mindesten wertvolle Beiträge zur Lösung der internationalen Wirtschaftsfragen erwarten.

Der Ausschuss, der in Genf zusammengetreten ist, wird sich in der Hauptsache mit der Aufstellung des endgültigen Programms für die Konferenz zu befassen haben. Es wird von den Staaten durch Vertreter der Regierungen sowie durch Vertrauensleute der Unternehmer und Arbeitnehmer beauftragt werden. Für Deutschland nehmen Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium sowie die Herren Abgeordneten Dr. Lammers vom Reichsverband der deutschen Industrie und Eggert als Vertrauensmann der Gewerkschaften an seinen Arbeiten teil. Aus der Zusammenlegung ergibt sich schon, daß Fragen der staatlichen Handelspolitik, der privaten internationalen Wirtschaftsvereinbarungen sowie der internationalen Sozialpolitik (Arbeitszeit!) auf der Tagesordnung zu finden sein werden. Naturgemäß werden die Vertreter Deutschlands im Verein mit den übrigen Schuldernationen dem endlichen Aufbau der internationalen Handelsbeschränkungen, wie er

auch von der Internationalen Handelskammer vertreten wird, das Wort zu reden haben, denn nur von einer Beseitigung dieser Schranken darf eine solche Position der Schuldnerländer erwartet werden, wie sie für die Beseitigung von Zinsleistungen und Amortisationen erforderlich ist. Ferner werden sich die Gläubigerländer mit der Tatsache auseinanderzusetzen haben, daß der erwartete Eingang von Leistungen an ihre eigene Bereitwilligkeit, Exporte der Schuldnerländer aufzunehmen, nicht geringe Anforderungen stellt.

Deutschlands weltwirtschaftliches Programm

Genf, 27. April. In der Generaldebatte der Wirtschaftlichen Kommission, die am Dienstag vormittag fortgesetzt wurde, ergriff Staatssekretär Trendelenburg das Wort. Er wies darauf hin, daß die Welt sich in einem Krankheitszustand befinde, der seinen letzten Grund in der Überindustrialisierung habe. Es bestehe die Tatsache, daß die Industrie zu Preisen produziere, zu denen sie ihre Waren nicht absetzen könne. Daher sei eine Verständigung zwischen den einzelnen Staaten notwendig. Eine Abschaffung gewisser Industriezweige sei nicht zu umgehen. Die Wirtschaft müsse rationalisiert werden. Was kann nun die Wirtschaftskommission in dieser Richtung tun? Es sei vor allem notwendig, daß sie sich für eine Einheitspolitik des Weltmarktes ausspreche und zwar in derselben Form, wie der Weltmarkt sich vor dem Kriege herausgebildet habe. Hierzu sei es notwendig, daß die Industrie sozial als möglich produziere. Eine Erweiterung des Weltmarktes müsse sich nicht nur auf die Kolonien, sondern auch auf China, Indien und Rußland erstrecken. Wo durch die Einheitspolitik des Weltmarktes am meisten zu droht? 1. Durch die Erschütterung der Währungen in zahlreichen Staaten, 2. durch die übermäßige nationale Industrialisierung, durch Zollschranken, durch Einwanderungsverbote, durch Ein- und Ausfuhrverbote, durch Ausfuhrprämien, Restriktionen usw., 3. durch übermäßigen Konkurrenzkampf zwischen den großen Nationen.

Was kann die Wirtschaftskommission nun tun, um hier Abhilfe zu schaffen? 1. Sie muß an die Feststellung der Währungs-schwierigkeiten herangehen, das gesamte Währungsproblem studieren und sich dabei an die Richtlinien der Brüsseler Konferenz halten, 2. Sie muß die Weltmeinung zum Ausdruck bringen und in den Zoll- und Handelsverträgen Ordnung schaffen. Bisher waren die Handelsbeziehungen erschwert durch die Tatsache, daß zwischen zahlreichen Ländern noch keine Handelsverträge vorhanden waren. Weiter muß die Kommission darauf hinwirken, daß nicht alle Länder alle Industrien haben müßten, sondern nur jedes Land die Industrie, die es brauche. Die Kommission müsse, um zu ihrem Ziel zu gelangen, zwei Vorklagen lösen: 1. Die Abschaffung der Vielgestaltigkeit der Zolltarife, 2. die Abschaffung der Mannigfaltigkeit der Zolltarife. Auch würde eine weltwirtschaftliche Verständigung zwischen den einzelnen wichtigen Industrien der Welt von großem Nutzen sein. An diese Fragen müsse arundständig herantreten werden. Trendelenburg schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß Einigkeit Kraft gebe. Weiter nahmen in der Debatte noch der italienische Finanzminister De Stefani und Paucell das Wort. Der englische Nationalökonom Layton lehnte die Einkerbung von 3 Unteranschlüssen zur Behandlung der Zollfrage, der Produktions- und der Arbeitsfrage ab.

Deutschland.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages

Berlin, 27. April. Im Auswärtigen Ausschuh des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung über die deutsch-russischen Vertragsverhandlungen zu Ende geführt. Die Aussprache diente in der Hauptsache der Erläuterung von Spezialfragen juristischer und politischer Natur, die sich aus dem deutsch-russischen Vertrag ergeben und zu denen Reichsaussenminister Dr. Stresemann mehrfach das Wort ergriff. Es folgte eine Aussprache über die Fragen, die mit der Wählerbundesrat-Studienkommission im Zusammenhang stehen. Eine weitere Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit der künftigen Entwicklung dieser Materie befassen soll, bleibt vorbehalten. Nunmehr wandte sich der Ausschuh dem dritten Punkt der Tagesordnung, der Entwaffnungsfrage, zu.

Franziska.

Der Roman einer Opersängerin

Von Lisbeth Dill.

Copyright by M. Feuchtwanger, Halle a. d. S.

20. Fortsetzung.

Mit ihrer einzigen besten Freundin, der Wieze, hatte sie sich veruneinigt und getrennt; nun war sie ihre Feindin, eine scharfe, bittere, die zu den Kolleginnen schändliche Dinge von ihr sagte. Sie fühlte sich verlassen, die nette Sentimentale war zum ersten Oktober nach Braunschweig engagiert, die Mucki nach Hamburg, und der gute, alte Wohlgegnut ging im Frühjahr nach Halle. Wenn der hiergebliebene wäre, hätte er ihr die Bahn freigemacht. An seiner Stelle kam ein neuer, junger, scharfer Norddeutscher her, und der gute Intendant war gestorben. Die Wagnerrollen bekam sie nie, die hatte alle die Ufsky in Händen, die mit ihrer abgemessenen Stimme, ihrer Schleppe auf der Bühne herumsetzte und intrigierte und auch schon den Herrn Grafen in der Tasche hatte. Oh, sie hatte das Theater so satt! Sie zeigte an den runden, weißen Hals, der aus der mattschwarzen Chiffonbluse aufblühte. Seine Hand zerknitterte die blaue Tischdecke, er wollte festbleiben und ließ ihren Redestrom an sich vorbeirutschen, er hörte ihn, aber er berührte ihn nicht mehr.

„Franziska“, sagte er, als sie, das nasse Spitzentuch gegen die Augen gedrückt, schwieg, „du mußt lernen zu arbeiten. Das ist ein vortreffliches Mittel, solche Gedanken zu vergessen.“ Sie hob jäh den Kopf, ihre Augen, die voll Tränen blühten, schauten ihn an. „Wenn du etwas geworden bist, brauchst du keinen Menschen mehr, dann kommen sie zu dir, denen du jetzt nachtrauerst. Ich habe einen Strich unter das Bisher gemacht, ich arbeite und bin zufrieden.“

„Das ist nicht wahr“, stieß sie heraus. „Bist du nicht neulich in „Hoffmanns Erzählungen“ gewesen?“ Sie stemmte leicht den Arm in die Seite. „Sast du keine

Ausland.

Der Kehler Hafen bleibt besetzt

Strasbourg, 27. April. Die Zentralkommission für Rheinschiffahrt beschloß in der Frage der Freigabe des Kehler Hafens, die für die Häfen von Strasbourg und Kehl bestehende Uebergangsordnung vom 10. Januar 1927 bis 10. Juli 1928 unter der Maßgabe zu verlängern, daß der auf dem Ufer des Bedens Nr. 1 des Kehler Hafens gelegene Lagerplatz von 10 000 Quadratmeter bei 160 Meter Kailänge, 3 Kräne, davon einer von 5 Tonnen, Silos mit den dazugehörigen Hebewerken, sowie ein 5000 Quadratmeter großes Grundstück bei 40 Meter Kailänge am 1. Juni 1926 zu räumen sind. Um die Verwendung zwischen dem Direktor der Häfen von Strasbourg und Kehl und den deutschen Verwaltungsstellen zu erleichtern, wird die deutsche Regierung ermächtigt, für den Hafen von Kehl vom 10. Januar 1927 ab einen Vertreter zu ernennen. Die Ernennung bedarf der Bestätigung der Zentralkommission für Rheinschiffahrt. Die Kommission nimmt von der Einwilligung der französischen Regierung, vom 10. Januar 1927 ab und wenn möglich noch früher die Dienststelle der interalliierten Rheinschiffahrtskommission aufheben zu lassen, Kenntnis. Sie nimmt zugleich davon Kenntnis, daß das Interventionsrecht der Militärbehörden beschränkt wird.

Painlevé über die Seeresreform

Paris, 27. April. Kriegsminister Painlevé hat gestern Abend vor Pressevertretern über die Seeresreform nähere Angaben gemacht. Durch die Herabsetzung der Dienstzeit von 18 auf 12 Monate würde die Stärke der französischen Armee um 85 000 Mann vermindert werden. Die Zahl der Divisionen werde von 32 auf 20 herabgesetzt, davon vier Kolonialdivisionen. Die Zahl der Berufssoldaten werde von 76 000 auf 105 000 Mann erhöht werden. Um zu vermeiden, daß Militärpersonen durch Neben- und Verwaltungsarbeiten in Anspruch genommen würden, soll die Zahl der Militärbeamten um 15 000 und die Zahl der Zivilbeamten um 17 000 erhöht werden. Die Kolonialarmee werde ungefähr 37 000 Mann Franzosen und 90 000 Mann Eingeborene (Senegalesen, Indochinesen und Malgachen) umfassen, die in Nordafrika oder in Frankreich selbst in Garnison liegenden gemischten Kombinationen 40 000 Franzosen und 90 000 Eingeborene aus Nordafrika und die Fremdenlegion 20 000 Mann.

Englische Budgetrede

London, 27. April. Churchill ergriff im Unterhaus zur Einbringung des Staatshaushaltes das Wort. Er führte u. a. aus: Der Versuch, die Kohlenindustrie auf eine wirtschaftliche Basis zu stellen, überschattet alle anderen Fragen. Trotzdem die Nation heute reicher ist als vor einem Jahr und obwohl eine Verbesserung im Handel zu verzeichnen ist, liegt die Schlüsselindustrie immer noch darnieder. Die Ausgaben belaufen sich auf 812,5 Millionen Pfund, die Einnahmen auf 799,5 Millionen Pfund. Die Regierung wird den Exportkreditversicherungspakt im nächsten Jahre nicht erneuern. In Zukunft werden alle neuen Zollabgaben sofort nach Annahme des Beschlusses auf Einführung einer solchen Abgabe erhoben werden. Die Mac Kenna-Zölle, die im vergangenen Jahre alle Erwartungen übertroffen haben und deren Einnahmen sich auf 12,5 Millionen Pfund bezifferten, werden. Die schwebende Schuld Englands ist im vergangenen Industriejahr für die Schlüsselindustrie wieder erneuert worden. Die schwebende Schuld Englands ist im vergangenen Jahre um rund 38 Millionen Pfund vermindert worden. Die Totalschuld betrug am 31. März 704 750 000 Pfund. Die schwebende Schuld ist somit in den vergangenen sieben Jahren um fast 700 Millionen Pfund reduziert worden. Bier und Spirituosen zeigten im Vorkriegsjahr eine Abnahme, während sich der Verbrauch von Tee, Kakao und Zucker vermehrt hat. Der Verbrauch von Tabak hat sich trotz neuer Besteuerung wieder erheblich vermehrt. Die Einführung einer fünfprozentigen Wertsteuer wurde von Churchill angekündigt. Der Schatzkanzler erklärte zum Schluß, daß bei der Beurteilung des diesjährigen Etats nicht vergessen werden dürfe, daß eine wirklich durchgreifende Finanzreform in England erst mit der Konzentrierung der Kriegsanleihe durchführbar werde, die erst in zwei Jahren fällig sei.

Veränderung mit meiner Stimme bemerk? Oh, ich hab' gelernt in der Zwischenzeit! Ihre Brust hob sich stolz, sie ging im Zimmer hin und her und trat an seinen Tisch, wo seine aufgeschlagenen Manuskripte und Bücher lagen. „Wir haben beide gelernt, nicht wahr? Und jetzt wollen wir uns einfach wieder vertragen, du böser, schlechter, häßlicher, alter Kerl!“

Sie zog ihn auf den Divan nieder, und sich die Tränen trocknend, nannte sie ihn mit all jenen süßen, dummen Namen, die nur ein Weib erfinden kann.

„Geh nicht fort!“ bat sie immer wieder, die hellen Tränen liefen ihr über die Wangen, während sie mit ihren leichten Händen seine Stirn glättete. „Bleib' hier, die Trennung vertrag' ich nicht, du weißt, ich kann keine ordentlichen Briefe schreiben, und dann wirst du böse und machst mir Vorwürfe. Geh' kannst du das nicht rückgängig machen in London?“

Er fühlte die Tränen an seinen Wangen herabrinnen und auf seine Hand tropfen, fühlte die Wirkung ihrer warmen, liebrenden Person, aber er machte sich sanft los: „Franziska, von deiner Antwort mache ich's abhängig, ob ich gehe oder bleibe. Sieh, wir waren getrennt, aber haben uns zueinandergefunden, spontan, unwillkürlich. Es gibt wenig Menschen, die so aufeinander gestimmt sind wie wir, und wenn's auch manchmal einen Mißton gegeben hat, du hast mir immer meine Festigkeit vergeben, denn was ich denke, das denke ich für dich, was ich tue, tu ich für dich, ich muß aber wissen, daß du mir gehörst.“

Franziska wollte etwas einwerfen, aber er hielt ihre Hand fest und sprach weiter:

„Ich finde genug Frauen aus unserem Kreis, die einen Mann glücklich machen wollen und können, aber ich finde ich nie wieder, Franziska. Wir sind jung, wir können warten, aber ich muß dein Versprechen haben, daß du mein bist und es auch bleibst. Dann bin ich ruhig, dann brauch' ich kein Versprechen von dir, keinen Ring, dann weiß ich, du gehörst mir ganz.“

Franziska atmete schwer, die Chiffonvolants ihres Tisches zitterten leicht. Seine eindringlichen Worte drangen ihr ins Herz; so hatte lange niemand mehr zu

Aussprache Mussolinis in Mailand

Mailand, 27. April. Trotz eines schweren Zweittages hatten sich abends über 50 000 Faschisten zu Ehren Mussolinis auf dem Domplatz eingefunden. Mussolini dankte den Demonstranten und erklärte u. a.: Diese Zusammenkunft im Regen zeigt mir, daß ihr auch mit demselben Gleichmut im Gewehrfeuer stehen bleiben werdet. Mailand, das in der Vergangenheit Italiens die Lösungen des Faschismus gegeben hat, rüstet sich, um sie auch für die Zukunft zu geben. Mussolini schloß mit dem Ausruf: Schwarzhemden! Angefaßtegen vorbei — und Mussolini bleibt! Diese Worte wurden mit maßloser Begeisterung von der Menge aufgenommen.

Die Aufnahme des Berliner Vertrages in Moskau

Moskau, 27. April. Die hiesige Presse bringt heute in großer Aufmachung den Wortlaut des deutsch-russischen Vertrags. Die gesamte Presse würdigt den Vertrag als ein bedeutungsvolles Ereignis im Leben der Oststaaten und spricht die Zuversicht aus, daß er eine bessere Basis für den Frieden bilden werde, als die Verträge von Locarno und Genf. Es wird allgemein erklärt, Aufgabe der Sowjetrepublik müsse es jetzt sein, einen ständigen Vertrag auszuarbeiten. Die Sowjetregierung gibt in der Presse der Zuversicht Ausdruck, daß dies der erste Schritt zur Stabilisierung der politischen Lage in Europa sei. Sie würde es begrüßen, wenn die übrigen Regierungen dem Beispiel Deutschlands folgen würden.

Aus Baden

Karlsruhe, 27. April. (Zum Tode des früheren badischen Staatsministers von Brauer.) Der in Baden-Baden verstorbene frühere badische Staatsminister Arthur von Brauer wurde am 17. November 1845 in Karlsruhe geboren, machte den Krieg von 1870/71 als Felddivisionsoberst mit, wurde 1872 Attaché bei der deutschen Gesandtschaft in Bukarest, dann Gesandter in Bukarest, 1874 wurde er ins Auswärtige Amt in Berlin berufen, 1875 Konsul in Petersburg und später Legationsrat bei der deutschen Botschaft in Petersburg, 1881 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt in Berlin, wo er in Abteilung A Bismarcks rechte Hand wurde, 1888 Generalkonsul in Ägypten, 1890 badischer Gesandter und Bundesratsbevollmächtigter, 1892 Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten in Baden, 1901 badischer Ministerpräsident. Nach Durchführung der neuen Verfassung am 8. März 1905 wurde er verabschiedet unter Verleihung des Hausordens der Ehren- und Ernennung zum Großhofmeister. Seit 1918 lebte er in Baden-Baden im Ruhestand. — Der badische Staatspräsident hat an die Witwe des früheren Staatsministers von Brauer in Baden-Baden folgendes Telegramm gerichtet: „Zum Ableben Ihres Herrn Gemahls spreche ich Ihnen namens der badischen Staatsregierung aufrichtige Teilnahme aus. Die außerordentlichen Verdienste des Verstorbenen um das badische Land sowie um das Deutsche Reich sichern ihm ein dankbares ehrendes Gedächtnis.“

Karlsruhe, 27. April. (Die Brückenfrage.) Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Schmitt im bayerischen Landtag ist in der Mannheimer-Ludwigshafener Brückenfrage zwischen den beteiligten Länderregierungen eine Einigung erfolgt. Die Verhandlungen mit der Reichsbahn-Gesellschaft haben begonnen und sollen möglichst beschleunigt werden.

Karlsruhe, 27. April. (Tagung der badischen Finanzbeamten.) Der Landesoberband Baden der badischen Finanzbeamten-Gewerkschaft hielt hier seine 5. ordentliche Tagung ab. Anwesend waren auch Gäste aus Württemberg und Hessen, sowie ein Vertreter der Berliner Vorstandschaft. Der Landesoberband Schneider-Heidelberger erklärte den Jahresbericht. Darnach zählt der Verband gegenwärtig 990 Mitglieder. An der 48stündigen Arbeitstagung wird festgehalten und außerdem eine Regelung der Urlaubs- und Prüfungsbestimmungen gefordert. Wegen einer gleich- und ungleichmäßigen Einteilung der Dienststunden will man beim Landesfinanzamt vorstellig werden. Die Institution der Dienststellenauschüsse soll solange und in jeder Weise unterhalten werden, bis das Beamtenvertreterrecht aesehaffen ist. Er

ihre gesprochen, so warm, so unegoistisch, so anständig und so vornehm! „Was brauchst es Schwüre?“ sagte sie. „Ich hab' dich lieb, und wir gehören uns wieder.“

Er ergriff ihre Hand und presste sie leicht. „Ich ver-lange keinen Schwur, was unsere Zukunft betrifft. Ge-gehen Ehen auseinander, und es werden Schwüre ge-brochen. . . ich will nur eines wissen, Franziska, was du mir treu?“

Er sah sie fest, durchbohrend an, seine Stimme hatte sich gesenkt, als ob er sich schäme, das zu fragen. Und er wartete mit einem Hämmern des Herzens. Die Entschel-dung seines Lebens hing von ihrer Antwort ab: dann, daß sie die Wahrheit sprach.

Franziska antwortete nicht gleich. Wenn er später in seinem Leben an diesen Augenblick zurückdachte, der für sie beide entscheidend war, und sich mit Bitterkeit ihres Jögerns erinnerte, zuckte er die Achseln und nannte sich einen Toren. Aber daran tat er unrecht, denn was in Franziska in diesem Moment kämpfte, war echt, sie wahr. Es war etwas von ihrer Kinderzeit in ihr er-macht, wenn sie der Vater mit ersten Augen gemahnt, die Wahrheit zu sprechen, einen Augenblick schwand sie. Aber sogleich verwarf sie ihre Antwort wieder. Sie ergriff seine Hand, die heiß war in der Innenseite, und sagte, während es ihr rot über die Augen flammte: „Es hat dich niemand verdrängt, ich war dir treu.“

„Franziska!“ — Er zog ihre Hand an seine Augen. Es war eine Weile still in dem halbdunklen Zimmer. Ihre Brust hob sich unter heftigen Atemzügen. Von fern-kam das dumpfe Fahren eines Wagens, der aus dem Tor des Krankenhauses herausrollte, er fuhr langsam an dem Hause vorbei, wie die Wagen mit Schwerkranke-fahren, und das Licht der Laterne an dem Eschenschloß warf dunkle Schatten über das Hofes schmale, rasselnde Gesicht.

„Ich bin bereit, London aufzugeben“, sagte er, „und eine Universitätskarriere muß ich freilich verzichten, weil ich mich selbständig machen muß, damit ich dich so bald wie möglich zu mir nehmen kann, ganz, als meine ge-liebte, schöne Frau, auf die ich stolz sein darf. Die Zwischenzeit hat die Feuerprobe, du hast sie bestanden.“

... wurde ferner die wichtige Frage der Ausbildung der Finanzbeamten und ihrer Aufzuchtsmöglichkeit in Gruppe 12. Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in der Annahme von Anträgen und Entschlüssen, die an das Reichsfinanzministerium weitergeleitet werden sollen.

Heidelberg, 27. April. (Vom Schnellzug getötet.) In der Station des Vororts Weiblingen wurde am Abend gegen 11 Uhr der Reisende Friedrich Wieland aus Weinsheim, als er aus dem Personenzug ausstieg, ansehnend auf der falschen Seite, vor dem in demselben Augenblick nach Heidelberg fahrenden Mannheimer Schnellzug überfahren und getötet. Der Getötete hinterläßt eine Frau mit sieben Kindern.

Heidelberg, 27. April. (Schloßbeleuchtung.) Da für den 2. Mai in Heidelberg ein großer Fremdenstrom zu erwarten ist, hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, an diesem Tage eine Beleuchtung des Heidelberger Schloßhofes mit Feuerwerk abzuhalten. Im Anschluß daran findet am Großen Tor das übliche Heidelberger Kellerfest statt.

Mannheim, 27. April. (Zu dem Heidelberger Autounfall.) Julius Beder fuhr mit seiner Frau und seinem sechs Monate alten Kinde, seinem Bruder Andreas Beder und dessen Frau, sämtlich aus Heidelberg, mit einem Auto in der Richtung Groß-Sachsen-Weikershausen. Bei dem Unfall wurden die Insassen aus dem Wagen herausgeschleudert; die Frau war sofort tot, ebenso Frau Andreas Beder und der 16jährige Sohn. Das Kind erlitt einen besonderen Schußverletzt, geht daraus hervor, daß das sechs Monate alte Kind wie durch ein Wunder gerettet wurde. Julius Beder wurde schwer verletzt ins Heidelberger Krankenhaus verbracht. Andreas Beder erlitt ebenfalls Verletzungen, jedoch nicht so schwerer Natur. An der Unglücksstelle hatte sich bei dem großen Ausflugsverkehr eine große Menschenmenge angesammelt, der sich ein schreckliches Bild bot; denn eine Frau und der junge Mann lagen auf der Straße, während die andere Tote auf die Wiege geschleudert wurde.

Sachsenheim, 27. April. (Unfall beim Pferderennen.) Beim letzten Rennen wurde beim zweiten Rennen in der ersten Kurve ein Reiter über die Pflanzengrenze aus der Bahn geworfen. Pferd und Reiter stürzten mitten in die Zuschauermenge. Doch ist der Unfall noch glimpflich abgelaufen, denn nur eine Frau und ein kleiner Knabe wurden leicht verletzt, wogegen Pferd und Reiter unverletzt blieben.

Sachsenheim a. N., 27. April. (Ein folgenschwerer Brand.) Ein Brand vernichtete am Samstag mittag Heubühne und Schopf des Anwesens zur Post. Ohne daß man es wahrte, bestand sich ein fünfjähriger Knabe auf dem brennenden Heu. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf starb.

Wahr, 27. April. (Ueberfahren.) Vom Kraftwagen eines hiesigen Autogehäufes wurde am Samstag nachmittag zur Zeit des lebhaftesten Verkehrs in der Marktstraße das fünfjährige Töchterchen des Küfers Johann Meyer überfahren. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß es wohl kaum mit dem Leben davontommen dürfte.

Aus Stadt und Land.

Durlach, 27. April. In der heute unter Vorsitz vom Amtsrat Landrat Schabale abgehaltenen ordentlichen Bezirksratssitzung wurden u. a. die Wirtschaftskontrollkommission des Karl Albert Pracht in Durlach zum Bericht der Schankwirtschaft zur „Stadt Durlach“ in Durlach genehmigt, ebenso jenes des Robert Schleichler für die Wirtschaft zum „Waldborn“ in Durlach-Lue. Weiter wurde die Zustimmung gegeben dem Gesuch der Stadt Durlach zur Verlegung der Pflanz- und des Kleinbahges auf Durlacher Gemarkung.

Durlach, 28. April. Das Konzert, welches der Sängerbund „Vorwärts“ am Sonntag, den 26. ds. Mts. in der hiesigen evangelischen Stadtkirche gab, hatte eine stattliche Zuhörerschaft aus allen Schichten der Durlacher Bevölkerung angezogen. Der musikalische Leiter der Vereine, Herr Musikdirektor W. Giffler, hatte ein sehr ansprechendes Programm zusammengestellt, das in seinen Chorliedern mehr die zur Einheit in sich selbst gemahnende Abendstimmung ausprägte, in den Solopartien hingegen das eigentlich kirchliche Element stärker betonte. Die Vereinnahme, die auch den gemischten Gesang überaus pflegt, verfügt über prächtige Männerstimmen, die, wie immer zu merken ist, von kundiger Hand aufs trefflichste einander geschildert sind. Der Frauenchor hat die gleiche künstlerische Höhe noch nicht ganz erreicht, trotzdem hielt er sich außerordentlich wacker und bot im Vortrag von Franz Schuberts innigem Lied an die „Nacht“ eine ergreifende Leistung. Unter den großen Gesangstücken ragte neben W. Reblers eindringlichem „Abendlied“ in erster Linie H. Eilers „geistliches Abendlied“ hervor, ein zu wohlwollender Wirkung ansetzendes, sehr schwierig gefasstes Werk, welches das rhythmische und dynamische Vermögen des tüchtigen Sängerbundes in bestem Lichte erscheinen ließ. Der an zweiter Stelle folgende Männerchor „Soch empot“ von Franz Kertl selbst bei aller Kunst der Betonung unter der zu gemächlichen Gleichförmigkeit der Komposition. Satten an die in den Stellen der Vortragsfolge der Verein als solcher und sein musikalischer und feinfühliges Dirigent Gelegenheit, sich auszuzeichnen, so zeigten die übrigen Stücke das hohe Können der Solisten. Da ist zuvörderst Herr H. Vogel zu nennen, der seinen Ruf als einer der hervorragendsten badischen Organisten auf neue bestätigte. Mit überlegener Technik, männlicher Kraft und tiefem Gefühl eröffnete er das Konzert mit J. S. Bachs mächtigem Orgelwerke „Präludium und Fuge d. Dur“ und gab ihm einen würdigen Abschluß durch dessen gewaltige „Toccata d. Moll“. Eine recht sympathische Sängerin lernten wir in Fräulein Luise Amerbacher kennen, deren wohlgepflegte Stimmkraft vor allem in dem wunderbaren Lied „Nach mich selig“ von A. Becker und in Schuberts herrlicher Liebeschöpfung „Im Abendrot“ zur Geltung kamen. Für die erhabene kunstvolle Arie „O häßlich Jubals Hart“ aus Handels Josua dankt uns ihre Stimme noch zu wenig modulationsfähig. Die Orgelbegleitung H. Vogels war ungemein zartfühlend. Alles in allem eine erfolgreiche Veranstaltung, die W. Giffler, seinen eifrigen Sängern und den vorzüglichen Solisten zu Ruhm gereicht und sie gemäß zu neuen Taten anspornen wird.

Aufwertung. Der Sparerbund, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete Montag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Friedrichshof in Karlsruhe eine öffentliche Versammlung, in der der Vorsitzende, Oberbürgermeister i. R. Siegrist über die Aufwertung bei den öffentlichen Sparkassen und über das eingeleitete Aufwertungsbegehren für gerechte Aufwertung und den Gehaltentwurf der Reichsregierung zu dessen Verhinderung sprach. Es machte auch an dieser Stelle auf die für alle Beteiligten sehr wichtige Versammlung aufmerksam. (Siehe Anzeige.)

— **Leistungserhaltung.** Die Fikst für die Einreichung der Anträge von Arbeitnehmern auf Erstattung der Lohnsteuer aus dem Jahre 1925 läuft am 30. April 1926 ab. Erhaltungsberechtigt ist nur, wer im Jahre 1925 einen Verdienstausfall durch Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik usw. von insgesamt mindestens zwei Wochen gehabt oder bei wem sonstige besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorgelegen haben, die die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen.

— **Neue 50 Pfennig-Stücke.** Das Reichsfinanzministerium hat mit dem von ihm herausgegebenen Hartgeld nicht viel Glück gehabt. Die 1-Pfennigstücke werden kaum benutzt und füllen in Massen die Keller der Reichsbank. Die 1-Markstücke haben teilweise eine so schlechte Legierung, daß sie nach kurzer Zeit des Gebrauchs vollkommen schwarz und unansehnlich werden. Die neuherausgegebenen 50-Markstücke sind beliebt, daß sie in großen Mengen unangenehm gehandelt werden und dem Verkehr entzogen werden. Am liebsten aber steht es mit den 50-Pfennigstücken. Diese 50-Pfennigstücke sind von Anfang an in geradezu unheimlicher Menge gefälscht worden. Das 50-Pfennigstück ist nämlich in aller Eile so grob und einfach hergestellt worden, daß dadurch die Fälschungen sehr erleichtert werden. Man will nur die 50-Pfennigstücke durch Nickelgeld, das sorgfältiger geprägt ist, ersetzen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll in nächster Zeit dem Reichstag zugehen.

— **Rückblick auf die Reichsgesundheitswoche.** Die Gesundheitswoche ist vorüber. Wenn man auf die Fülle des Gebotenen zurückblickt, so kann man sagen, daß der Gedanke der Reichsgesundheitswoche, unter Aufwand möglichst geringer Mittel möglichst viel zu leisten, verwirklicht worden ist. Aber die Erfahrungen sind nicht nur erfreulicher Art. Es muß vielmehr offen zugestanden werden, daß gerade der Gedanke der Reichsgesundheitswoche nicht immer gut war und es gehörte bei manchen Veranstaltungen eine große Dosis Idealismus dazu, trotz der gähnenden Leere die Vorträge überhaupt abzuhalten. Allerdings ist es begreiflich, wenn das Publikum vielfach bei der Zusammendrängung zu zahlreicher Vorträge auf eine Woche verzagt hat. Ein Gebot der Gesundheit ist Mäßigkeit und die Reichsgesundheitswoche mit ihrer Forderung hygienischer Anregung war eine Abkehr von diesem Gebot. Es war einfach des Guten zuviel. Der gute Gedanke der Reichsgesundheitswoche: vermehrte Auffklärung über die persönliche Hygiene darf jedoch nicht mehr verschwinden. Wir müssen aber unserer Eigenschaft als Kulturnation eingedenk sein und dürfen nicht durch unangenehme Nebenwirkungen den guten Gedanken gefährden. Es darf auch nicht der Gedanke aufkommen, daß eine Woche im Jahr genüge, um aufzuklären, sondern es sollte, wie das auch bisher schon der Fall war, in ruhiger geordneter Weise ohne viel äußeren Aufwand von Plakaten, Postkarten u. a. Beiwert an der Aufklärung des Volkes ununterbrochen weitergearbeitet werden. Das, was auf dem bisherigen Weg ohne viel Tamtam erreicht wurde, ist nicht so wenig.

— **Die Arbeitsmarktlage in Baden.** Die Arbeitsmarktlage ist in der Woche vom 15. bis 21. April völlig stabil geblieben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 21. April 72 555 gegen 72 892 am 14. April. Die Andrangsziffer, d. h. das Verhältnis der Zahl der Arbeitsuchenden zu derjenigen von je 100 gemeldeten offenen Stellen, hat sich um ein geringes gebessert. Sie sank von 5072 auf 4808. Männliche und weibliche Berufe sind ziemlich gleichmäßig daran beteiligt. Charakteristisch für den Ernst der Lage ist jedoch die Meldung eines größeren Arbeitsamtes, daß zurzeit der Arbeiterbedarf kaum ein Fünftel dessen beträgt, was in normalen Zeiten in diesen Monaten von der Wirtschaft verlangt wurde.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Helds Regensburger Rede. Wie eine demokratische Zeitungskorrespondenz mitzuteilen weh, hat die Regensburger Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held Gegenstand von Erörterungen im Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats gebildet. Die Reichsregierung soll beabsichtigen, sich gegen diese Rede amtlich mit der bayerischen Staatsregierung in Verbindung zu setzen.

Neue Uniformierung des österreichischen Bundesheeres. Wie das „Neue Wiener Abendblatt“ erzählt, wird im österreichischen Bundesheer im Laufe des nächsten Jahres eine Neuniformierung eintreten. Dabei soll in Anlehnung an die deutsche Uniform das deutsche Feldgrau zur Anwendung gelangen. Der österreichische Kavalierschnitt wird beibehalten werden, doch werden die Aufschläge an den Hüften und Mänteln dem deutschen Muster gleichen.

Kartifizierung des belgisch-amerikanischen Schuldenabkommens. Der Senat nahm mit 55 gegen 20 Stimmen das belgisch-amerikanische Schuldenabkommen an. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald die Ratifizationsurkunde vom belgischen König abgezeichnet worden ist.

Italienischer Verabreichungsvertrag in Angora. Der italienische Botschafter suchte den türkischen Außenminister auf und erklärte ihm, Italien habe nach wie vor die freundschaftlichen Gefühle für die Türkei. Die Besprechungen, die in der Presse geäußert worden seien, trägen nicht zu.

Ein neuer Oberhäuptling in Syrien. Oberkommissar De Jouvenel hat Damad Ahmed zum Oberhäuptling von Syrien ernannt. Dieser soll solange im Amt bleiben, bis das syrische Parlament gewählt und zusammengetreten ist.

Buntes Allerlei

Der erste drahtlose Schach ist kürzlich von dem Vorsitzenden einer amerikanischen Rundfunkgesellschaft von London nach New York übermittelt worden. Er wurde durch das Verfahren der drahtlosen Bildtelegraphie übertragen und von einer amerikanischen Band dem Empfänger ausgereicht. Er lautete über 1000 Dollars.

Sirene Sonntagsruhe in England. Die „Gesellschaft für die Heiligung des Sonntags“ in London hat den dortigen Bischof um sein Ansinnen befragt, ob die Theater- und Konzerte am Sonntag in Zukunft geöffnet werden sollten. Der Bischof hat sich seiner Meinung mit der Begründung widersetzt, daß die Schwerkörper und Schwerkörperinnen nur diesen einen Tag zur völligen Erholung frei hätten, der ihnen auch erhalten bleiben müßte.

Republikana an Mussolini. Der Duce hat sich in Triest mit einem dortigen berühmten Republikaner, dem Abate Ruffini für die Zukunft prophezeiten lassen. Er besam die schönsten Dinge zu hören. Nach dieser Prophezia soll Mussolini, der jetzt 42 Jahre alt ist, noch mehrere 56 Jahre leben, während dessen sein Ansehen und sein Glück zu einer noch nie erreichten Höhe aufsteigen würden. — Hat er etwas anderes erwartet?

Die neueitliche Präsidentschaft. Aus New York wird berichtet: Die Tochter des amerikanischen Präsidenten, Gertrude Colles traf im März ihres Vaters in New York ein. Gertrude Colles trägt Brillen und konform moderne Modenschöpfungen; ein Beweis für den Fortschritt europäischer Zivilisation in Mexiko.

Wer hat das Unrecht auf die Seite? Vor dem Nord-Überseerichter von London wurde kürzlich eine Streitfrage verhandelt, deren Entscheidung nicht so ganz einfach war. Der Fall trug sich so an: Ein Herr A. besaß bei einem am Ort wohnenden Tischhändler B. eine Lamm-Haare. D. hatte diese von einem Außerländer C. gekauft. Als einies der Außerländer geöffnet wurden, fand C. ein Diener des Herrn A. in einer von ihnen eine wertvolle Perle. Er schickte sie ihm in der Absicht, sie zu behalten. Der Diebstahl wurde jedoch entdeckt und die Sache kam vor Gericht. Der Diener wehrte sich dagegen, einen Diebstahl begangen zu haben. Er hatte die Perle gefunden. Natürlich wäre es sein Eigentum. Herr A. aber machte geltend, daß die Perle in der Hand des Tischhändlers B. und der Außerländer C. erhaben gewesen sei und her. Sollte nur noch daß der Außerländer C. der Perle aus dem Meer fische, sich auch einigenden hätte. Der Nord-Überseerichter entschied folgendermaßen: Herr A. ist der rechtmäßige Besitzer, denn er hatte die Außerländer rechtlich gekauft. Der Diener wäre demnach verurteilt gewesen, seinen Fund Herrn A. zurückzugeben.

Der Kaffee im Kaffeeverbrauch. Den größten Kaffeeverbrauch weisen am Vorkriegsstand gemessen die nordwestlichen amerikanischen Staaten auf, sowie Belgien. Dann folgt Frankreich. Deutschland hat den Kaffeeverbrauch 1905-1909 zwischen 2-340 Kilo pro Kopf pro Jahr, also ein auf 2,44 Kilo im Durchschnitt 1910 bis 1912 zurück. Nach dem Krieg ist der Kaffee bei uns mehr oder weniger zurückgegangen, während bei uns der Kaffeeverbrauch rüchard. Die relative Zunahme der Bevölkerung Österreich-Ungarns und Italiens drückt sich in den niedrigen Kaffeeverbräuchen aus. Griechenland und Albanien besitzen einen Kaffeeverbrauch, der sich wie das Fruchtbare „Deutsche Konditorei“ schreibt, aus der Benennung des Tees.

Die Kaffee für das Volksgesetz. Wie sozialdemokratische Blätter mitteilen, wurden aus Anlaß des Volksbegehrens für einseitig-unparteiliche Entscheidung der Kaffeeverwehren insgesamt 12 844 öffentliche Kaffeeautomaten angeschafft und 35 Millionen Mark für Kaffeeautomaten und Kaffee in ganz Deutschland verteilt. Die Kaffee die der Sozialdemokratischen Partei in 42 39 deutschen Reichsteilen erwachsen sind, werden mit rund 512 000 Mk. angegeben.

Wille, nicht trocken sein! In origineller Weise schreibt im „Bayer. Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ dessen bekannter Mitarbeiter nach gegen die Trockenlegung, wobei er die Sache einmal von der humorvollen Seite aus betrachtet. Man denkt sich Deutschland ohne Wein; das wäre nach nur Not; die Wälder ohne Wein, das wäre schon ein Unbehagen; gegen den Herrn Reich, ohne erst Bayern ohne Wein, das wäre eine Unbehagen. Man stelle sich vor den Schluss einer Hochzeitsrede im fünftägigen Bayern. In diesem Sinne erhebe ich mein Glas Sekt, moister und trinke auf das Wohl unseres lieben Brautpaares! Mein, unendlich! Und die Wälder unserer lieben Brautpaares! Glas Wein überkommt erst etwas einfüßt, und die Stammesgüte die ihre völkische Reichheit unmittelbar aus dem anzuwenden Gersten laßt sich! Einem schickt sich nicht für alle. In Amerika haben sie weder unsere süßlichen Weine, noch unsere süßlichen Biere. Dort waren die Getränke schwer und süß und die Käuße bemenschlichend.

Neueste Nachrichten.

Der Abschluß der Berliner Hygiene-Ausstellung. 115 000 Besucher.

U. U. Berlin, 27. April. Die innerhalb der Reichsgesundheitswoche veranstaltete Deutsche Hygiene-Ausstellung (Allgemeine Deutsche Hygiene-Messe) Berlin 1926 hat heute ihre Pforten geschlossen. Sie hat einschließlich der beiden Volkstage am Montag und Dienstag einen Gesamtbesuch von 115 000 Personen zu verzeichnen. Auf der Hygiene-Messe sind Verkäufe nach dem In- und Auslande in befriedigender Zahl getätigt worden. Der Erfolg scheint eine Wiederholung der Messe für das nächste und die folgenden Jahre bereits gesichert zu haben.

Rückgang der Erwerbslosenziffer um 3 vom Hundert.

U. U. Berlin, 28. April. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenziffer ist von 1 942 000 am 1. April 1926 auf 1 884 000 am 15. April zurückgegangen. Somit 3 vom Hundert.

Schweres Explosionsunglück in einer Pulverfabrik.

U. U. Wien, 28. April. Am Dienstag vormittag ereignete sich in den staatlichen Pulverfabriken in Leoben eine schwere Explosion, durch die das Mischwerk in die Luft flog. Zwei Arbeiter wurden getötet.

Budgetannahme im französischen Senat.

U. U. Paris, 28. April. Der Senat hat mit 274 gegen 7 Stimmen das Budget für 1926 angenommen.

Meinungsaustausch der Signatarmächte des Locarno-Paktes über den deutsch-russischen Vertrag.

U. U. Paris, 27. April. Am Quai d'Orsay wird mitgeteilt, daß die Signatarmächte des Locarno-Paktes, mit Ausnahme Deutschlands, einen Meinungsaustausch über den deutsch-russischen Vertrag eröffnen werden.

Die Abschaffung der Militärdienstpflicht in Friedenszeiten vor der Abrüstungskonferenz?

U. U. Paris, 28. April. Der „British United Press“ wird aus Washington gemeldet, daß dem Staatsdepartement eine Anregung übermittelt wurde, wonach der vorläufige Abrüstungskonferenz in Genf die obligatorische Abschaffung der Militärdienstpflicht in Friedenszeiten vorgeschlagen werden soll. Die Anregung geht von der parlamentarischen Kommission aus. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß das Staatsdepartement sich zu diesem Schritt entschließen wird, da Präsident Coolidge wiederholt seine Abneigung gegen eine weitere Reduzierung der militärischen Bestände der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht hat.

Neue Unruhen in Kalkutta.

U. U. London, 27. April. In Kalkutta sind heute erneut schwere Unruhen ausgebrochen. Mehr als 1000 Mohammedaner versuchten einen Angriff auf das Hinduviertel. Panzerwagen mußten mit Maschinengewehren eingreifen. Zwei Mohammedaner wurden dabei getötet und zehn verwundet.

Vertagung der englischen Bergbauverhandlungen.

U. U. London, 28. April. Die gemeinsame Sitzung der Grubenarbeiter und der Bergwerksbesitzer unter Baldwin's Vorsitz, die über eine Stunde dauerte, wurde auf morgen nachmittag vertagt.

Fliegerkatastrophe in Warschau. Drei Tote.
 T.L. Warschau, 27. April. Während des Begräbnisses eines Fliegers, der vor einigen Tagen in Thorn abgestürzt war, stiegen plötzlich drei Militärflugzeuge, die über dem Leichenzug kreisten, zusammen. Ein Flugzeug stürzte sofort ab. Die Maschine wurde zertrümmert, die beiden Insassen waren sofort tot. Das zweite Flugzeug stürzte ebenfalls ab. Die Insassen konnten sich jedoch durch Abspringen retten, das dritte Flugzeug trieb ab und konnte notlanden. Der Pilot bemerkte jedoch, daß der zweite Insasse, der Mechaniker fehlte. Man fand dessen Leiche später nicht weit von der Unglücksstelle. Die Katastrophe hat hier großes Aufsehen erregt. Das Kriegsministerium hat die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die den Fall auf das strengste untersuchen soll. Die Konferenz der Kleinen Entente auf den 15. Juni verschoben.

T.L. Bukarest, 28. April. Infolge der rumänischen Wahlen ist die Konferenz der Kleinen Entente auf den 15. Juni verschoben worden.

Eingesandt.

Für die Veröffentlichung unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung. Die Verstaatlichung der Polizei hier. Wie man hört, wurde der Einspruch der Stadt gegen die Verstaatlichung der Polizei als unbegründet verworfen. Es ist

einem nicht recht verständlich, wie der Staat dazu kommt, solche Eingriffe in das Recht einer Gemeinde zu machen. Solches geht doch gegen das neue Gemeindebestimmungsrecht. Die in das Feld geführten Gründe (Verhältnisse in der Stadt Durlach) können nicht als stichhaltige Gründe zur Verstaatlichung der Polizei hier anerkannt werden. Auch bildet die Unruhe bei der Reichspräsidentenwahl 1925 den Gegenstand zur Verstaatlichung nicht. Denn auch in Städten mit Staatspolizei sind Unruhen und zwar größeren Stils vorgekommen, als in Durlach und konnten von der Staatspolizei und Bereitschaftspolizei nicht verhindert werden. Der Grund der Verstaatlichung wird wohl der sein, daß der Staat keine Bereitschaftspolizei und keine Offiziere unterbringt und zwar auf Rechnung der Städte.

Es soll nur niemand glauben, daß die Stadt bei der Verstaatlichung der Polizei noch eine Ersparnis von ca. 20.000 M erzielt, wie man dieses bei der Stadt Vörsach gelesen hat. Der jetzige und der kommende Beamtenapparat wird uns eines besseren belehren. Wichtig ist, daß es bei der früheren Leitung der Polizei sehr mies war, aber heute, wo die Urheber der dortigen Verhältnisse befristigt sind, kann sich unsere Polizei mit jeder anderen messen und die Staatspolizei kann auch nicht mehr leisten.

Der Stadt Durlach stehen ganz andere wichtigere Aufgaben bevor, als Mittel zur Verstaatlichung der Polizei zu beschaffen und wir verlangen von der Regierung, daß man solches berücksichtigt. Von dem Stadtrat und dem Stadtverordnetenkollegium erwarten wir, daß alles angemessen wird, daß eine derartige unberechtigte Einmischung des Staates in die Gemeindefreiheit unterbleibt. Ein Bürger.

Das Getränk der Millionen: KATHREINERS MALZKAFFEE

Ihre Gefalls würd'!

Da am Samstag, den 1. Mai kein Blatt ausgegeben wird, bitten wir, Inserate, die für Samstag beabsichtigt sind, schon für die Freitagnummer aufzugeben ja wollen. Der Verlag.

Mutmaßliches Wetter für Donnerstag. Der Einfluß der nördlichen Depression nimmt ab. Für Donnerstag ist, wenn auch ziemlich bedecktes, so doch in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Die Bachschau an der Pfinz.

Die Bachschau am oberen Lauf der Pfinz auf hiesiger Gemarkung beginnt am Mittwoch, den 5. Mai vorm. 7 Uhr von Gemarkung Kleinfeinbach bis zur Eisenbahnbrücke über die Pfinz beim Bahnhofs hier, und am Donnerstag, den 6. Mai nachmittags 2 Uhr beginnend auf Gemarkung Durlach von der Eisenbahnbrücke bis zum Pfinzweg 300 m oberhalb der Blankenlocher Mühle.

Die Werkbesitzer, Stauberichtigte, Uferigentümer und sonstige Interessenten werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß an diesen Tagfahrten etwaige Anliegen, Wünsche und Bedenken vorgebracht werden können. Eine besondere Eröffnung an die Interessenten erfolgt nicht mehr. Werkbesitzer und Besizer von Stauanlagen haben diesem Tage Stauungen niederzulegen. Durlach, den 26. April 1926. Der Oberbürgermeister.

Grasversteigerung.

Freitag, den 30. ds. Mts., nachm. 6 Uhr. Zusammenkunft Ecke Sub- und Rutschweg, wird gegen Bar versteigert: Das Grasertragnis von 45 Ar Garten. Laier.

Sie unter
= No. 112 =
 an das Telephonnetz ange-
 schlossen.
Heinr. Klenert Wtw.
 Gärtnerei, Palmalenstr. 12.

Morgen Donnerstag:
Schlachttag.
Friedrichshof.
Wohnungstausch.
 Wer tauscht hier 3-Zimmer-Wohnung gegen eine 4-Zimmer-Wohnung mit großem Garten in schöner Lage (sofort beziehbar)?
Stödingen, Steigstr. 15.

Im Reparieren von
Fahr- u. Motorrädern,
 eigene Emaillierung u. Vernickelung
 Schweiß- u. Eiten, sowie Renan-
 fertigung von Herren- u. Damen-
 Rädern, Umarbeitung von Herren-
 u. Damen-Rädern,
 speziell Reparieren von
 Rahmenbüchsen aller Art und Systeme
 empfehlen sich unter bill. Berechnung,
 sämtliche
Ersatzteile und Gummi.
Gebr. Weiler,
 Fahr- u. Motorradreparaturwerkstatt
 Kirchstraße Nr. 13.
 Vertreter der
 Hulla Motor-Räder und
 Mercedes-Daimler-Werke
 Oel- Benzol
 Anfertigung von Kinderwagen
 von 3-12 Jahren.

Bohnenstecken
 2000 Biberichwänze
 5000 Backsteine
 (gebraucht) zu verkaufen.
 Näheres bei
 Eugen Hänsle
 Baugeschäft, Stödingen.
Ein Schwein,
 10 Wochen trüchtig, zu
 verkaufen. Zu erfragen
 im Verlag.

Unsere große Auswahl und äußerst niedrige Preise erleichtern Ihnen den Einkauf!

Kleiderstoffe:	Baumwollwaren:	Konfektion:
Wachseide in mod. Karos u. Streifen 1,75	Seife für Damen u. Blumen -95, -58	Sommerjoppen in allen Größen 5,90
Rohseide 3,90, 2,60	Sportkleide, nur gute Qualitäten 1,20, -65	Windjacken mit ein-geweht. Futter 12,50, 8,50
Kleidercrep in aparten Mustern 1,45, -95	Barock eleg. Wäsche Kleider-Jungle f. Kleider -95	Sportknoten aus nur prima Stoffen 8,50, 6,50
Wollmuffelwolle in großer Auswahl 2,90, 2,40	Schürzenstoffe 120 brt. schwere Ware 1,25	Manchesterhosen prima 6,50
Muffelwolle in hübscher Ausmusterung 1,10, -65	Bettwäsche 130 brt. schwere Ware 1,95	Arbeitskleider starke Ware 4,50
Dienstoffe einfarb. u. farb. 1,10 -85	Halbleinen 150 breit, extra schwer 2,40	Schlosser-Anzüge aus prima Material 5,25
Papierstoffe in vielen Farben 3,40, 2,60	Gardinenstoffe in großer Auswahl 1,20, 1,10, -95	Sportknoten mit 2 Kragen, 3 Knöpfchen 4,90
Gabardine, 140 cm brt. f. eleg. Kostüme u. Kleider 5,90, 4,50	Eleg. Tüll-Stores 4,25, 2,90	Kinderkleider in groß. Auswahl b. 1,50 an
Kleider-Schotten, reine Wolle f. eleg. Kleider 2,75		Kinderhosen von 1,25 an
		Jumper-Schürzen schöne Verarbeitung von 1,95 an
Damenstrümpfe f. vielen Farben 1,20, -65, -45	Herren-Socken große Ausw. 1,45, -95, -58	Kinder-Strümpfe schwarz u. farbig -95

Beachten Sie unsere 6 große Schaufenster
H. Heß & Co., Durlach, Ecke Haupt- u. Adlerstr.

GIDON
 eine echte Reemtsma-Cigarette für 4 Pfg.



Größe Anspannung und schärfste Kalkulation ermöglichen die Herstellung der „Reemtsma Gidon“ zu 4 Pfg. Sie erfüllt die hohen Erwartungen, die der Raucher an eine echte Reemtsma-Cigarette stellt.

ARTILLERIEBUND - ST. BARBARA
DURLACH
 Donnerstag, den 29. 4. 26, abends 8 Uhr findet bei unseren Kameraden in der Bränerie Genter hier, Adlerstr. im Neben-zimmer unsere Mitglieder-versammlung statt.
 Zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht.
 Der Vorstand.

Bohnenstecken
 empfiehlt Julius Gerhardt Gartenstr. 13.
 Zu verkaufen: **Motorrad**
 gut. Käufer mit Kupplung u. Getriebe, sowie eine Wasserpumpe mit 8 Mtr. Rohr Kelterstr. 16, Stb.
 Ein 4räd. **Handwagen**
 zu verkaufen. Zu erfragen im Verl.
Sportwagen
 Ein guterhaltener Sportwagen ist billig zu verkaufen. Pfinzstr. 41.

Pianostimmen Reparaturen
 auch schwierigster Art, wird billigst ausgeführt. Kostenlos. Voranschlag.
CHR. STOEHR
 PIANO-FABRIK
 Karlsruhe i. B. RITTERSTRASSE 30.
 Neuerbautes zweiflüchtiges **Wohnhaus**
 mit zwei 3-Zimmer-Wohnungen nebst Zubehör, elektrisch Licht, 4 Ar Garten, Wasserleitung zu verkaufen. Näheres im Verlag.

Schaffende aller Stände und Parteien!

erscheint heute abend!
 Der Wirtschaftspolitiker unserer Bewegung spricht heute (Mittwoch) abend in der „Ferkhalle“ in Durlach über:
 „Die Sklaverei der Weltfinanz, „Locarno“ Moderner Sklaventum und deutsche Freiheit.“
 Saalöffnung 7/8 Uhr.
 Untertunbeitrag 20 M. - 50. Erwerblose und Kriegsbeschädigte gegen Ausweis die Hälfte.
 - Freie Ausdrücke! -
N. S. D. A. P.

Sparerbund

(Hypothekengläubiger- und Sparer-Schulzverband).
 Ortsgruppe Karlsruhe.
 Montag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr
Öffentl. Versammlung
 im Festsaal des Friedrichshofes.
 Tagesordnung:
 1) Die „Anweisung“ bei den Sparkassen
 2) Das Volksbrotgesetz für gerechte Anweisung und die Reichsregierung.
 Berichterstatter:
 Oberbürgermeister i. V. Siegrist.
 Alle Sparer und Gläubiger, insbesondere die Einleger der öffentlichen Sparkassen, sind freundlichst eingeladen.
 Eintrittsgeld zur Deckung der Kosten 20 Pf.

Ein gesunder Schlaf
 ist das beste Kräftigungsmittel für Gesunde und Kranke. Leiden Sie an Nervosität, Schwindelanfällen, Schlaflosigkeit, so nehmen Sie **Baldravin** so heißt neuerdings Apotheker W. Durica Baldrianwale.
 Zu haben in Apotheken u. Drogerien bestimmt in der Adler Drogerie.

Einige Stunden in der Woche. Zu erfragen im Verlag d. Bl.

Unterzeichneter empfiehlt sich zur Aus-führung sämtl. Fuhren
 für hier u. auswärts per Kautaxo bei billigster Berechnung.
Friedr. Krebs jg.
 Durlach-Neu Hauptstraße 76.

Zu mieten gesucht
 eine beschlagnahmefreie 3 Zimmerwohnung für sofort. Offerten mit Nr. 198 an den Verlag.

Möbl. Zimmer
 zu vermieten Amalienstr. 17, 3. St. c.
 Gut möbliertes Zimmer zu vermieten. Zu erfragen im Verl.

Insrieren bringt Erfolg!

Bankhaus Veit L. Homburger
 Tel. 35, 36 4391 bis 4397
 Karlsruhe i. B. Karlstr. 11 geg. 1854
 Postscheck 36
 empfiehlt sich zur Erledigung aller einschlägigen Geschäfte insbesondere
Ankauf von Wertpapieren (10% ige Goldpfandbriefe)
Annahme von Depostengeldern
Hypothekengelder-Ausleihung und -Beschaffung
Aufwertungsangelegenheiten
Nachabregelungen und Vermögensauseinander-setzungen.